

EXPERTEN ERWARTEN NOCH MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Ambitionierte Weichensteller

Fast inflationär wird das Bild verwendet, nach dem jemand oder etwas „gestärkt aus einer Krise hervorgeht“. Was allerdings die Deutschen und die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte angeht, so trifft es voll und ganz zu. In der Tat ist die Arbeitslosigkeit heute niedriger als 2008, und auch weitere Indikatoren zeigen an: Bei Wachstum und Beschäftigung ist in der Bundesrepublik ein Schub nach vorne gelungen wie selten zuvor. Dies unterstreicht einmal mehr der am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedete Jahreswirtschaftsbericht.

Aus der rund 100-seitigen Analyse geht hervor, dass die unionsgeführte Bundesregierung mit ihrem weltweit einmaligen Mix aus Maßnahmen zur Krisenbekämpfung richtig lag: Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld und Co. haben ihren Dienst getan, die Union ihren Ruf als Vorkämpfer für die Zukunft des Landes gefestigt. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, unterstreicht: „Die Krisenbewältigung ist eine Mannschaftsleistung, an der die Tarifparteien einen großen Anteil haben.“ Und er betont: „Der Bericht ist ein eindrucksvoller Beweis für die richtigen Weichenstellungen der christlich-liberalen Koalition.“

Vieles erreicht, noch viel mehr vor

Doch die Weichensteller geben sich nicht zufrieden. Stattdessen blickt die unionsgeführte Bundesregierung nach vorne und lotet Wege zu noch mehr Wachstum und Beschäftigung aus. Denn schon bei einer vorsichtig geschätzten Wachstumsrate von real 2,3 Prozent wird die gesamtwirtschaftliche Leistung bereits im laufenden Jahr das Niveau von vor Ausbruch der Krise erreichen. Die Arbeitslosenzahl wird im Jahresdurchschnitt voraussichtlich die Grenze von drei Millionen unterschreiten. Das Ziel der Vollbeschäftigung rückt somit näher. Das hat zur Folge, dass alle Bürgerinnen und Bürger vom Aufschwung profitieren: Arbeitslose, denen sich Beschäftigungsperspektiven eröffnen, und ihre Familien; Erwerbstätige, deren Arbeitsplätze gesichert sind und die mit realen Lohnzuwächsen rechnen können; und schließlich auch alle Rentner, deren Einkommen an die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme gekoppelt ist.

Arbeitgeber wollen noch mehr Jobs schaffen

Wie das Institut der deutschen Wirtschaft ermittelte, rechnen auch viele Arbeitgeber mit zusätzlichen Jobs im neuen Jahr. Außerdem gaben 89 Prozent der befragten Wirtschaftsverbände an, dass die Stimmung in ihren Mitgliedsunternehmen besser sei als vor einem Jahr. Das sähe unter dem oppositionellen Linksbündnis anders aus: Die Gegenvorschläge von Rot-Rot-Grün – etwa die massive Verschärfung des Tarifverlaufs bei der Lohn- und Einkommensteuer oder die Einführung einer betrieblichen und privaten Vermögensteuer – wären Gift für Wachstum und Beschäftigung.

BUNDESTAG BESTÄRKT ILSE AIGNER IN IHRER KLAREN HALTUNG

„Dieser Skandal wird Konsequenzen haben!“

Der Deutsche Bundestag stützt Ilse Aigners klaren Kurs im Dioxin-Skandal. Anlässlich einer Regierungserklärung der Verbraucherschutzministerin wurde deutlich: Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland können auf Frau Aigners Weg der rückhaltlosen Aufklärung und verantwortungsvollen Prävention vertrauen. Zuvor hatte die Bundesministerin gegenüber ihren Länderkollegen, die für die Lebensmittelkontrolle zuständig sind, ein koordiniertes und entschlossenes Vorgehen durchgesetzt: „Egal, wer zuständig ist“, so Frau Aigner vor dem Deutschen Bundestag, „die Verbraucher wollen Entscheidungen für ein Höchstmaß an Sicherheit bei Lebensmitteln.“ Daher habe sie – das habe „Kraft gekostet“ – dafür gesorgt, dass alle Zuständigen in den Ländern nun an einem Strang ziehen.

Frau Aigner hält sich nicht mit der Bürokratie auf, sondern handelt

Im Deutschen Bundestag dankten zahlreiche Redner Frau Aigner für ihr Engagement und ihr hartes Durchgreifen. Viel Lob erhielt die oberste Verbraucherschützerin auch für den tags zuvor – gemeinsam mit ihren Länderkollegen – vorgelegten 14-Punkte-Plan zur Prävention ähnlicher Vorfälle. Darin heißt es etwa unmissverständlich: „Futterfette dürfen nur in Anlagen hergestellt und behandelt werden, in denen ausschließlich Stoffe für die Lebensmittel- und Futtermittelindustrie produziert werden.“ Auch die räumlich getrennte Lagerung und der spezielle Transport solcher Futtermittel werden darin vorgeschrieben. Dieser Aktionsplan besticht nicht nur durch die umfassende Bearbeitung aller wichtigen Aspekte der Futter- und Nahrungsmittelsicherheit. Vielmehr einigten sich die Minister unter der Führung Frau Aigners auch auf präzise Fristen zur Umsetzung der beschlossenen Ziele, davon zwölf Mal auf das laufende Jahr. Selbst Maßnahmen, für die die EU zuständig ist, wird Frau Aigner noch im Januar sowohl im Europa-Parlament als auch im zuständigen Ministerrat anregen.

Maßnahmen in Brüssel, Berlin und den Ländern auf dem Weg

Das oppositionelle Linksbündnis manövrierte sich in der Debatte durch unhaltbare Forderungen selbst ins Abseits. Dass etwa Renate Künast, die sich in arroganter Verachtung des Wählerwillens schon als Berliner Bürgermeisterin fühlt, knapp fünf Jahre lang Verbraucherschutzministerin war und dennoch keine der nun von ihr geforderten Initiativen ergriffen hatte, versuchte Rot-Rot-Grün zu übertünchen. Auch die SPD hatte sich in den Tagen vor und während der Debatte nicht mit Ruhm bekleckert. So hatten die Sozialdemokraten Frau Aigner etwa aufgefordert, Rechenschaft abzulegen, als sie ihre Maßnahmen bereits im zuständigen Parlamentsausschuss erläuterte.

In diesem Sinn hoben die Redner der Koalitionsfraktionen das rasche und zielstrebige Krisen-Management der Ministerin hervor. Sie habe genau in der richtigen Reihenfolge gehandelt, als sie die Schwachstellen in der Futtermittelkette sofort eingrenzte, gleichzeitig aber bereits Lieferwege überprüfte sowie dafür Sorge trug, dass solche Vorfälle künftig unwahrscheinlicher werden.